

## ***Erweiterung und Sanierung von drei Grundschulen in Duisburg Marxloh***

### ***TP2***

***(Neubau von Familiengrundschulzentren,  
Erweiterungsbauten zur Schulnutzung und  
Sanierung der Bestandsgebäude)***

***Los 1 (Grundschule Henriettenstraße)***

***Los 2 (Grundschule Ottostraße)***

***Los 3 (Grundschule Sandstraße)***



## - Teilnahmebedingungen

### Inhaltsverzeichnis

|                                                           |    |
|-----------------------------------------------------------|----|
| <b>I. Präambel</b>                                        | 4  |
| <b>II. Vergabeverfahren und -unterlagen</b>               | 5  |
| 1. Vergabemarktplatz „Metropole Ruhr“                     | 5  |
| 2. Vergabeverfahren                                       | 6  |
| a) Teilnahmewettbewerb                                    | 6  |
| b) Angebotsphase                                          | 6  |
| 3. Anlagen- und Dateiverzeichnis                          | 9  |
| <b>III. Erstellung der Teilnahmeanträge</b>               | 9  |
| 1. Sprache                                                | 9  |
| 2. Einreichung von Angeboten                              | 9  |
| c) Elektronische Einreichungen                            | 9  |
| d) Sonstige Form der Einreichung von Teilnahmeanträgen    | 10 |
| 3. Berichtigungen des Antrags                             | 10 |
| 4. Vordrucke, Formblätter, Kurzfassungen                  | 10 |
| 5. Fristgerechter Eingang des Teilnahmeantrags            | 10 |
| 6. Fehlende Angaben und Nachweise                         | 11 |
| 7. Änderung/Ergänzung der Vergabeunterlagen               | 11 |
| 8. Eintragungen                                           | 11 |
| 9. Muster und Proben                                      | 11 |
| 10. Ausweisung von Geheimnis                              | 11 |
| 11. Veröffentlichung von Vergabeunterlagen                | 11 |
| 12. Entschädigung                                         | 11 |
| <b>IV. Eignung</b>                                        | 11 |
| 1. Eignungskriterien (Mindestanforderungen)               | 12 |
| a) Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung            | 12 |
| b) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit     | 13 |
| c) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit           | 13 |
| 2. Nachweis über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen | 15 |
| a) Keine Ausschlussgründe                                 | 15 |

|                                                                                     |           |
|-------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| b) Keine Strafe nach SchwarzArbG, AEntG, MiLoG.....                                 | 15        |
| c) Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben etc. ....           | 16        |
| d) Eigenerklärung „Sanktionspaket“ .....                                            | 16        |
| 3. (Auswahl-)Kriterien zur Begrenzung der Anzahl der Bewerber (Teilnahmewettbewerb) | 16        |
| a) Auswahlkriterien – Bewertung .....                                               | 16        |
| b) Erläuterung der Auswahlkriterien .....                                           | 17        |
| 4. Kapazitäten anderer Unternehmen/Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften.....         | 19        |
| a) Bildung einer Bewerber-/Bietergemeinschaft.....                                  | 19        |
| b) Kapazitäten anderer Unternehmen.....                                             | 19        |
| 5. Präqualifizierte und nicht präqualifizierte Unternehmen.....                     | 20        |
| 6. Vollständigkeit der Nachweise und des Angebots .....                             | 21        |
| <b>V. Nicht berücksichtigte Teilnahmeanträge .....</b>                              | <b>21</b> |
| <b>VI. Zuschlagskriterien .....</b>                                                 | <b>21</b> |
| <b>VII. Unklarheiten, Rechtsverstöße und Fragen.....</b>                            | <b>21</b> |

**I. Präambel**

Das Sondervermögen-Immobilien Duisburg (SVI), vertreten durch die Wirtschaftsbetriebe Duisburg – AöR, beabsichtigt die bauliche Erweiterung und Bestandssanierung an drei Grundschulstandorten im Stadtteil Duisburg-Marxloh umzusetzen:

- Grundschule Henriettenstraße (Los 1)
- Grundschule Ottostraße (Los 2)
- Grundschule Sandstraße (Los 3)

Die Maßnahmen werden im Rahmen einer GU-Vergabe ausgeschrieben und dienen der bedarfsgerechten Weiterentwicklung der Schulstandorte unter Berücksichtigung der standortspezifischen Rahmenbedingungen sowie der pädagogischen und funktionalen Anforderungen.

Ausgangspunkt der Planung sind die Musterraumprogramme der Stadt Duisburg, die im Rahmen einer Phase 0 (dialogisches Verfahren mit Schulleitung und pädagogischen Kräften) standortbezogen konkretisiert und an die jeweiligen pädagogischen Konzepte angepasst wurden. Das daraus abgeleitete Raum- und Funktionsprogramm wurde im Planungsprozess unter Einbeziehung der örtlichen Gegebenheiten auf Bestands- und Neubauvolumina verteilt und mit den zuständigen Stellen abgestimmt.

Inhaltlich zielen die Maßnahmen auf die Beseitigung bestehender Defizite und die Schaffung zeitgemäßer, barrierearm bzw. barrierefrei nutzbarer Bildungs- und Aufenthaltsqualitäten ab. Bestandteil der Gesamtmaßnahme ist insbesondere die Etablierung der sog. Familiengrundschulzentren (FGZ); flankierend werden – je nach Standort – Maßnahmen der Schulraumerweiterung (SRE), des offenen Ganztags (OGS) sowie des Sports umgesetzt.

Das FGZ wird im Rahmen des Förderprogramms „Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Städtebauförderung“ (Modellvorhaben „Duisburg / Stark im Norden – Alt Hamborn und Marxloh“) gefördert; die Finanzierungsanteile werden dabei durch Bund und Land getragen, während die überwiegenden Teilmaßnahmen (SRE/OGS/Sport) durch die Stadt Duisburg finanziert werden.

Die Umsetzung ist an allen drei Standorten als Maßnahme unter den Anforderungen an das Bauen im Bestand zu werten, wenngleich umfassende Neubaumaßnahmen umgesetzt werden müssen. Es ist unerlässlich, dass der laufende Schulbetrieb aufrechterhalten wird, weshalb Bauabläufe, Interims- und Schutzmaßnahmen sowie die Baustellenlogistik mit besonderer Sorgfalt zu organisieren und auszuführen sind.

Zum Zeitpunkt der vorgesehenen Auftragsvergabe werden die für die Ausführung maßgeblichen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen, insbesondere die erforderlichen Baugenehmigungen, vorliegen; Nebenbestimmungen sind in der Ausführung zu berücksichtigen.

Gegenstand des vorliegenden Vergabeverfahrens sind die Lose 1 bis 3 (Henriettenstraße, Ottostraße, Sandstraße) einschließlich der jeweils zugehörigen Bau- und Ausführungsleistungen gemäß den Vergabeunterlagen sowie der darin dokumentierten Projektziele, Randbedingungen und Schnittstellen.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass die Vergabe mehrerer Lose an einen einzelnen Auftragnehmer nicht vorgesehen ist. Bieter sind berechtigt, Angebote für ein, mehrere oder alle Lose abzugeben, der Zuschlag wird jedoch pro Bieter auf maximal ein Los beschränkt (Loslimitierung). Gibt der Bieter mehr als ein Angebot ab und liegt sein Angebot bei mehr als einem Los auf dem ersten Platz, erhält er den Zuschlag für das Los, bei dem der Abstand bei der Bewertung nach den Zuschlagskriterien zu dem nächstplatzierten Angebot am größten ist. Einzelheiten siehe Ziffer. 2 b).

Als projektbezogene Besonderheiten sind ferner folgende Rahmenbedingungen zur Kenntnis zu nehmen:

- Infrastrukturelle Vorbereitung sowie Interimsmaßnahmen: Die für die Durchführung der Baumaßnahmen erforderlichen infrastrukturellen Vorbereitungen sowie ein Interimsgebäude werden vorab durch den Auftraggeber (AG) beschafft und bereitgestellt. Diese Leistungen sind nicht Bestandteil der von den Auftragnehmern (AN) zu erbringenden Werkleistungen im Rahmen der Lose 1 bis 3.
- Standort Ottostraße – Vorabmaßnahmen des AG: Am Standort Ottostraße wird die bestehende Schwimmhalle im Vorfeld durch den AG abgebrochen. Ebenso erstellt der AG dort vorab die für den Neubau der Sporthalle erforderliche Bodenplatte, da diese Fläche zwischenzeitlich als Aufstellfläche für den Interimsbedarf genutzt wird. Die hieraus resultierenden zeitlichen, logistischen und technischen Randbedingungen sind bei der Ausführungsplanung, Bauablaufplanung und Baustellenlogistik zu berücksichtigen.
- Separatvergabe Bestandsgebäude 1 am Standort Ottostraße: Aus zuwendungstechnischen Gründen wird am Standort Ottostraße das Bestandsgebäude 1 in einer separaten Vergabe an Einzelunternehmer vergeben. Die Zusammenarbeit mit diesen – zum Zeitpunkt der Ausschreibung noch nicht feststehenden – Akteuren ist für die ordnungsgemäße Projektabwicklung unerlässlich. Die Schnittstellenkoordination zwischen den beteiligten Auftragnehmern sowie die übergeordnete Abstimmung der jeweiligen Leistungsgrenzen obliegt dem AG; die Auftragnehmer haben hierbei ihre Mitwirkungs- und Abstimmungspflichten wahrzunehmen und die erforderlichen Informationen sowie Termine rechtzeitig beizubringen.

## **II. Vergabeverfahren und -unterlagen**

### **1. Vergabemarktplatz „Metropole Ruhr“**

Das Vergabeverfahren wird über einen Projektraum des Vergabemarktplatz „Metropole Ruhr“ ([www.vergabe.metropoleruhr.de](http://www.vergabe.metropoleruhr.de)) abgewickelt. Die Auftraggeberin (AG) stellt auf dem Vergabeportal „Metropole Ruhr“ ([www.vergabe.metropoleruhr.de](http://www.vergabe.metropoleruhr.de)) die Vergabeunterlagen,

insbesondere die erforderlichen Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb, ein (auch ggf. neue, sich ändernde oder ergänzende Unterlagen). Die Bewerber haben sich hierüber eigenverantwortlich fortlaufend zu informieren. Alle Bewerber erhalten einen kostenfreien Zugang zum Projektraum, in dem die Vergabeunterlagen zu diesem Verfahren hinterlegt sind.

## 2. Vergabeverfahren

Das vorliegende Vergabeverfahren erfolgt europaweit in Form des **Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb** nach § 2 VgV i.V.m. § 3a EU Abs. 2, Nr. 1, lit.b und c) und § 3b EU Abs. 3 VOB/A.

Das gegenständliche Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb läuft in zwei Phasen ab.

### a) Teilnahmewettbewerb

In der **ersten Phase** (Teilnahmewettbewerb) fordert die AG eine unbeschränkte Anzahl von Unternehmen im Rahmen eines Teilnahmewettbewerbs öffentlich zur Abgabe von Teilnahmeanträgen auf. Jedes interessierte Unternehmen kann einen Teilnahmeantrag abgeben.

Nach Ablauf der Teilnahmefrist wird die AG die Teilnahmeanträge öffnen. Zunächst wird die AG die Teilnahmeanträge in formeller Hinsicht prüfen. Hierbei wird festgestellt, ob die Teilnahmeanträge rechtzeitig und formgerecht eingegangen sind. Weiterhin wird geprüft, ob die Teilnahmeanträge sämtliche geforderten Informationen enthalten. Sodann wird geprüft, ob die Teilnahmeanträge auch inhaltlich den (Mindest-) Anforderungen der Bekanntmachung im Hinblick auf die festgelegten Eignungskriterien genügen und keine Ausschlussgründe vorliegen. Sämtliche Bewerber, die aus formalen Gründen oder aufgrund von Nichterfüllung der definierten Mindestanforderungen an die Eignung der Ausschreibung nicht genügen bzw. bzgl. derer zwingende Ausschlussgründe vorliegen, werden (ggf. nach entsprechender Nachforderung) ausgeschlossen. Beim Vorliegen fakultativer Ausschlussgründe in Form der im Dokument „Eigenerklärung zur Eignung“ aufgeführten Gründen i.S.v. § 6e EU Abs. 6, Nr. 1-9 VOB/A erfolgt eine Entscheidung im Einzelfall.

Für den Fall, dass hiernach genügend Bewerber im Verfahren verbleiben, wird die AG gem. § § 3b EU Abs. 3, Nr. 3 i.V.m. Abs. 2, Nr. 3 VOB/A anhand der nachstehend objektiven und nichtdiskriminierenden Eignungskriterien die Zahl der geeigneten Bewerber, die zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden, begrenzen. Die Mindestzahl der einzuladenden Bewerber beträgt 3 und die Höchstzahl 5 (vgl. Ziff. III.3. der Teilnahmebedingungen).

### b) Angebotsphase

Mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe beginnt die **zweite Phase** (Angebotsphase). Nur diejenigen Unternehmen, die von der AG nach Prüfung der Teilnahmeanträge dazu aufgefordert werden, können ein Erstangebot einreichen (§ 3b EU Abs. 3, Nr. 2 VOB/A).



Danach werden die Bieter zu der / den Verhandlungsrunde/n eingeladen.

Die AG geht davon aus, dass eine **Verhandlungsrunde** ausreichend sein wird. Sofern weitere Verhandlungsrunden erforderlich werden, behält sich die AG gem. § 3b EU Abs. 3, Nr. 8 VOB/A vor, die Verhandlungen in verschiedenen aufeinanderfolgenden Phasen abzuwickeln, um so die Zahl der Angebote, über die verhandelt wird, anhand der vorgegebenen Zuschlagskriterien zu verringern.

Die AG verhandelt mit den Bietern über die eingereichten Erstangebote und alle Folgeangebote, mit Ausnahme der endgültigen Angebote, mit dem Ziel, die Angebote inhaltlich zu verbessern. Dabei darf über den gesamten Angebotsinhalt verhandelt werden mit Ausnahme der von der AG in den Vergabeunterlagen festgelegten Mindestanforderungen und Zuschlagskriterien.

Die Verhandlung findet voraussichtlich in Duisburg, am Sitz der AG (Schifferstr. 190, 47059 Duisburg) statt. Sollte organisatorischen oder anderen Gründen ein Gespräch nicht möglich sein, behält sich die AG vor, die Verhandlung digital, mithilfe der Plattform „Microsoft Teams“, durchzuführen. Bitte stellen Sie sicher, dass Sie durch verhandlungsberechtigte Vertreter/innen Ihres Unternehmens vertreten sein können.

Vor der Verhandlung teilt die AG die Tagesordnung mit. In der Verhandlung führt die AG ein Ergebnisprotokoll, welches dem jeweiligen Bieter anschließend übermittelt wird.

Der AG wird in der Verhandlungsrunde mit allen Bietern voraussichtlich ein Verhandlungsgespräch führen, das sich mindestens in folgende Abschnitte gliedert:

- In einem ersten Abschnitt erhalten die Bieter Gelegenheit, ihre Angebote und die gemäß den Zuschlagskriterien wertungsrelevanten Konzepte vorzustellen.
- In einem zweiten Abschnitt werden ggf. erforderliche Aufklärungen (§ 15 EU VOB/A) durchgeführt.
- In einem dritten Abschnitt erhalten die Bieter Gelegenheit, die Anmerkungen / Änderungswünsche zu Ihrem Angebot, die die Bieter bereits mit Ihrem Erstangebot **auf gesonderter Anlage** mitteilen, gegenüber dem Vertragsentwurf der Vergabeunterlagen vorzustellen (Änderungen bitte nicht im Vertragsentwurf/Vergabeunterlagen selber vornehmen).
- In einem vierten Abschnitt wird über verschiedene Inhalte verhandelt.

Nach Abschluss des Verhandlungsgesprächs werden die Ausschreibungsunterlagen auf Basis der aus den Gesprächen resultierenden Erkenntnisse geprüft und ggf. nach Erfordernis angepasst. Zum Beispiel kann die Leistungsbeschreibung durch die AG konkretisiert bzw. ergänzt werden. Auch kann beispielsweise der Vertragsentwurf durch die AG fortgeschrieben werden, so dass für die folgende Angebotsphase ein für alle Bieter überarbeiteter, identischer finalisierter Vertragstext existiert.

Wird beabsichtigt, die Verhandlungen abzuschließen, so werden die verbleibenden Bieter unterrichtet und es wird eine einheitliche Frist für die Einreichung neuer oder überarbeiteter – um im letzten Schritt finaler – Angebote auf Basis der aktualisierten Ausschreibungsunterlagen festgelegt. Es wird sich vergewissert, dass die endgültigen Angebote die Mindestanforderungen erfüllen und über den Zuschlag auf der Grundlage der Zuschlagskriterien entschieden.

Die AG behält sich ausdrücklich vor, dass oben beschriebene Vorgehen im Laufe des Verfahrens anzupassen und ein **zweites Verhandlungsgespräch innerhalb der ersten Verhandlungsrunde** durchzuführen. Je nachdem werden Sie nach dem 1. oder 2. Verhandlungsgespräch zur Abgabe neuer/finaler Angebote aufgefordert.

Nach Vorlage der finalen Angebote werde diese anhand der in den Vergabebedingungen aufgeführten Zuschlagskriterien bewertet. Die Eckpunkte des Vergabeverfahrens stellen sich wie folgt dar:

### Losweise Vergabe

Die Teilnehmer können Angebote für ein oder mehrere Lose abgeben, erhalten jedoch nur einen Zuschlag auf ein Los (Loslimitierung).

### Zuschlagskriterien

Der Zuschlag wird je Los auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Zuschlagskriterien sind der Angebotspreis und die in der Wertungsmatrix aufgeführten sonstigen Kriterien. Die Wertungskriterien (Oberkriterien) werden sich wie folgt darstellen:

| Kriterium                                                                                           | Gewichtung in % |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------|
| Preis                                                                                               | 70              |
| Baustelleneinrichtungs- und Logistikkonzept                                                         | 10              |
| Terminplanung (Detailterminplan/Optimierung)                                                        | 10              |
| Qualifikation, Rollenverständnis & Verfügbarkeit der mit der Ausführung betrauten Schlüsselpersonen | 10              |

Ein Bieter kann maximal den Zuschlag für ein Los erhalten (Loslimitierung). Gibt der Bieter mehr als ein Angebot ab und liegt sein Angebot bei mehr als einem Los auf dem ersten Platz, erhält er den Zuschlag für das Los, bei dem der Abstand bei der Bewertung nach den Zuschlagskriterien zu dem nächstplatzierten Angebot am größten ist.

Bei identischem Punktabstand entscheidet das Los.

**Für diese erste Phase des Verfahrens sind die mit „Teilnahmewettbewerb“ ausgewiesenen Dateien/Unterlagen (Anlagen-Nr. 3000 ff.) maßgeblich und zu verwenden. Die unter der Überschrift „Unterlagen Angebotsphase“ (Anlagen-Nr. 5001 ff.) ausgewiesenen Unterlagen sind ausschließlich für die zweite Phase des**



**Verfahrens (Angebotsphase) und nur für die Bewerber vorgesehen, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden.**

### **3. Anlagen- und Dateiverzeichnis**

Die Vergabeunterlagen, insbesondere die Vordrucke, basieren zum Teil auf dem Vergabe- und Vertragshandbuch für die Baumaßnahmen des Bundes (VHB) und wurden für das vorliegende Vergabeverfahren modifiziert. Die einzelnen Bestandteile der Vergabeunterlagen sind in der Anlage „1003\_Anlagen und Dateiverzeichnis“ dargestellt.

## **III. Erstellung der Teilnahmeanträge**

### **1. Sprache**

Der Teilnahmeantrag ist in deutscher Sprache abzufassen. Teilnahmeanträge in anderer Sprache sind nicht zulässig.

### **2. Einreichung von Angeboten**

Teilnahmeanträge können ausschließlich elektronisch in Textform gemäß § 126b BGB oder mit fortgeschrittener elektronischer oder qualifizierter elektronischer Signatur gemäß § 126a BGB mit Hilfe elektronischer Mittel im Sinne von § 10 VgV über das Vergabeportal „Metropole Ruhr“ ([www.vergabe.metropoleruhr.de](http://www.vergabe.metropoleruhr.de)) eingereicht werden.

Eine Einreichung per E-Mail/Telefax ist nicht zulässig.

#### **c) Elektronische Einreichungen**

Laden Sie Ihren vollständigen Teilnahmeantrag (Antrag, Formblätter etc.) über den Projektraum des Vergabeportals „Metropole Ruhr“ ([www.vergabe.metropoleruhr.de](http://www.vergabe.metropoleruhr.de)) hoch. Maximal können pro Datei 50 MB hoch geladen werden.

##### **Abgabe in Textform:**

Bei der elektronischen Abgabe in Textform entfällt auf sämtlichen Dokumenten die Unterschrift per Hand. Um Ihren Teilnahmeantrag zu „unterschreiben“ bzw. den Urheber kenntlich zu machen, tragen Sie bitte auf dem Vergabeportal „Metropole Ruhr“ ([www.vergabe.metropoleruhr.de](http://www.vergabe.metropoleruhr.de)) im Reiter „Textform“ nur Ihre Firmenbezeichnung / Vertretungsberechtigten / Firmenadresse sowie eine natürliche Person als Ansprechpartner ein. Eine vollständige Beschreibung zur elektronischen Abgabe sowie über die Funktion des Vergabeportals finden Sie auch im Cosinex Service & Support Center unter der Internetadresse:

<https://support.cosinex.de/unternehmen/>.

Bei der Abgabe in Textform sind auf den einzelnen Dokumenten jedenfalls der Bewerber und die natürliche Person, die die Erklärung abgibt, zu benennen.

##### **Abgabe mit qualifizierter oder fortgeschrittener elektronischer Signatur:**

Bei elektronischer Abgabe mit Signatur entfällt die Unterschrift per Hand. Um Ihren Teilnahmeantrag elektronisch zu signieren, wählen Sie bitte

- im Reiter „Qualifizierte Signatur“ Ihre Signaturkarte oder
- im Reiter „Fortgeschrittene Signatur“ Ihre Signaturdatei aus.

Das Hochladen nimmt evtl. etwas Zeit in Anspruch. Daher laden Sie den Antrag bitte nicht erst wenige Minuten vor Ablauf des Abgabetermins hoch. Das Hochladen muss mit Ablauf der Teilnahmefrist abgeschlossen sein.

**d) Sonstige Form der Einreichung von Teilnahmeanträgen**

Eine Einreichung von Teilnahmeanträgen auf sonstigem Wege, insbesondere auf postalischem Weg, ist nicht zulässig.

**3. Berichtigungen des Antrags**

Etwaige Änderungen bzw. Berichtigungen des Teilnahmeantrags sind bis zum Ende der Teilnahmefrist in der entsprechenden Form wie der Antrag selbst über den Projektraum des Vergabeportals „Metropole Ruhr“ ([www.vergabe.metropoleruhr.de](http://www.vergabe.metropoleruhr.de)) einzureichen.

**4. Vordrucke, Formblätter, Kurzfassungen**

Für den Teilnahmeantrag, sind die von der AG in den Vergabeunterlagen, insbesondere den erforderlichen Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb, vorgegebenen (modifizierten) Vordrucke und Formblätter zu verwenden und, sofern erforderlich, durch weitere Anlagen zu ergänzen. Soweit keine Vordrucke oder Formblätter vorgegeben werden, hat der Bewerber Eigenerklärungen oder Bescheinigungen der jeweils zuständigen unabhängigen Stellen oder Behörden zu erbringen. Eine selbst gefertigte Vervielfältigung, Abschrift oder Kurzfassung ist – ausgenommen beim Leistungsverzeichnis – unzulässig.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Vordrucke und Formblätter **3001 bis 3007** (**3003** nur bei Bildung einer Bewerber-/Bietergemeinschaft) mit dem Teilnahmeantrag vollständig eingereicht werden müssen. Ggf. muss der Bewerber die Vordrucke oder Formblätter daher selbst vervielfältigen.

Wie zuvor unter Ziff. III., 2., a) erläutert, entfallen bei der elektronischen Abgabe sämtlichen Vordrucken, Formblättern etc. die Unterschrift per Hand sowie der Firmenstempel. Für die Vollständigkeit des Antrags sind letztlich allein die Bewerber verantwortlich.

**5. Fristgerechter Eingang des Teilnahmeantrags**

Der Teilnahmeantrag ist bis zu dem in der Auftragsbekanntmachung und im Dokument „**1001\_Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb EU**“ angegebenen Antragsfrist einzureichen. Ein nicht form- und/oder fristgerecht eingereichter Teilnahmeantrag wird ausgeschlossen.

## 6. Fehlende Angaben und Nachweise

Fehlende Erklärungen und Nachweise werden im Rahmen des zulässigen nach § 16a EU VOB/A durch die AG nachzufordern und von der Bieterin nach Aufforderung binnen einer Frist von maximal 6 Kalendertagen nachzureichen.

## 7. Änderung/Ergänzung der Vergabeunterlagen

Grundsätzlich hat der Teilnahmeantrag der Ausschreibung zu entsprechen. Änderungen und Ergänzungen der Ausschreibungsunterlagen sind – außer an hierfür vorgesehenen Stellen – nicht zulässig. Der Antrag muss anderenfalls wegen der Abänderung der Vergabeunterlagen gemäß [§ 16 EU Nr. 2 VOB/A](#) ausgeschlossen werden.

Der Teilnahmeantrag muss im Übrigen vollständig sein. Für den Antrag und die Vollständigkeit sind allein die Bewerber verantwortlich. Er muss sämtliche in den Vergabeunterlagen geforderte Erklärungen, Nachweise und Angaben etc. enthalten.

## 8. Eintragungen

Alle Eintragungen dürfen nicht in roter oder grüner Farbe erfolgen.

## 9. Muster und Proben

Muster und Proben müssen als zum Angebot gehörig gekennzeichnet sein.

## 10. Ausweisung von Geheimnis

Der Bewerber wird aufgefordert, die Teile des Antrags, die ein Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis beinhalten, auszuweisen. Geschieht dies nicht, kann die Vergabekammer im Falle eines Nachprüfungsverfahrens von der Zustimmung auf Einsicht durch andere Verfahrensbeteiligte ausgehen (vgl. [§ 165 Abs. 3 GWB](#)).

## 11. Veröffentlichung von Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen dürfen nur zur Erstellung des Teilnahmeantrags verwendet werden. Jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) ist ohne die ausdrückliche Genehmigung der AG nicht statthaft.

Falls ein potentieller Bewerber die Vergabeunterlagen bereits ausgedruckt oder digital heruntergeladen und gespeichert hat, jedoch keinen Teilnahmeantrag abgeben möchte, sind die Vergabeunterlagen unverzüglich zu vernichten bzw. von den Festplatten/vom Server unwiderruflich zu löschen.

## 12. Entschädigung

Für das Erstellen und Einreichen des Teilnahmeantrags /des Angebots einschließlich der Ausarbeitung und Einreichung etwaiger Konzepte wird keine Entschädigung gewährt.

## IV. Eignung

Die Eignung der Bewerber wird anhand der Eignungskriterien ([§§ 6 EU Abs. 2, 6a EU, 16b EU Abs. 1 VOB/A](#)) und dem Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß ([§§ 6e EU, 16b EU Abs. 1 VOB/A](#)) geprüft.

Zum Nachweis der Eignung sind mit Abgabe des Teilnahmeantrags durch den Bewerber die bereits in der EU-Auftragsbekanntmachung geforderten Eignungskriterien vollständig zu erfüllen. Hierzu übermittelt der Bewerber insbesondere die mit den Teilnahmeunterlagen übermittelten Formblätter **3002 – 3007**.

Es wird zunächst geprüft, ob die Teilnahmeanträge inhaltlich den (Mindest-) Anforderungen der Bekanntmachung (nachfolgend unter Ziff. IV, 1., a) – c) aufgeführt) genügen und keine Ausschlussgründe vorliegen (nachfolgend unter Ziff. IV. 2., a) – d) aufgeführt).

Sämtliche Bewerber, die aufgrund von Nichterfüllung der definierten Mindestanforderungen den Anforderungen der Ausschreibung nicht genügen oder bezüglich derer Ausschlussgründe eingreifen und

ausreichende Selbstreinigungsmaßnahmen nicht nachgewiesen wurden, werden (ggf. nach entsprechender Nachforderung) ausgeschlossen. Bei Ausschlussgründen, die eine Ermessensentscheidung des AG voraussetzen, setzt dies eine negative Prognose voraus.

Für den Fall, dass hiernach genügend Bewerber im Verfahren verbleiben, wird die AG gem. [§ 3b EU Abs. 3, Nr. 3 i.V.m. Abs. 2, Nr. 3 VOB/A](#) anhand der nachstehend unter Ziff. 3 aufgeführten Kriterien (Auswahlkriterien zur Begrenzung der Anzahl der Bewerber gem. [§ 3b EU Abs. 3, Nr. 3 i.V.m. Abs. 2, Nr. 3 VOB/A](#)) die Zahl der geeigneten Bewerber, die zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden, begrenzen. Die Mindestzahl der einzuladenden Bewerber beträgt 3 und die Höchstzahl 5. Sofern nach der Rangfolge zwei Bewerber die gleiche Punktzahl aufweisen und es um den letzten Platz der Bewerber geht, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, wird der Bewerber zur Angebotsabgabe aufgefordert, der die höchste Punktzahl beim Auswahlkriterium „Referenzen“ erreicht hat. Sofern die letztplatzierten Bewerber auch bezüglich dieses Auswahlkriteriums dieselbe Punktzahl erreicht haben, entscheidet das Los.

Eigenerklärungen, die als vorläufiger Nachweis dienen, sind gem. [§ 6b EU Abs. 1, Nr. 2 VOB/A](#) von den Bewerbern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, durch entsprechende Bescheinigungen der zuständigen Stellen zu bestätigen. Die AG wird diese daher rechtzeitig nach Auswertung der Teilnahmeanträge und vor der Aufforderung zur Angebotsabgabe anfordern. Es wird daher empfohlen, diese rechtzeitig zu besorgen, und ausdrücklich darauf hingewiesen, dass im Falle der nicht rechtzeitigen Vorlage der Ausschluss droht.

Die geforderten Eignungskriterien lauten wie folgt:

## **1. Eignungskriterien (Mindestanforderungen)**

### **a) Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung**

Eigenerklärung zur Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister oder der Handwerksrolle des Sitzes oder Wohnsitzes ([§ 6a EU Nr. 1 VOB/A](#)).

→ **Nachweis:** Formblatt „**3002 Eigenerklärung zur Eignung**“, Nr. 1

Sofern der Antrag in die engere Wahl kommt, kann die AG verlangen, diese durch einen Handelsregistrauszug sowie einen Nachweis der Eintragung in der Handwerksrolle bzw. bei der Industrie- und Handelskammer oder Ähnliches zu ersetzen (§ 6b EU Abs. 2 Nr. 3 VOB/A).

#### b) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

aa) Eigenerklärung über den jährlichen allgemeinen Gesamtumsatz (**mindestens 10,0 Mio. EUR/Jahr**) des Unternehmens bezogen auf die letzten drei Geschäftsjahre (§ 6a EU Nr. 2 Buchst. c) VOB/A).

→ **Nachweis:** Formblatt „3002 Eigenerklärung zur Eignung“, Nr. 2

Sofern der Antrag in die engere Wahl kommt, kann die AG verlangen, diese durch eine Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/ Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen zu ersetzen (§ 6b EU Abs. 2 Nr. 3 VOB/A).

bb) Eigenerklärung über den jährlichen spezifischen Umsatz (**mindestens 7 Mio. EUR/Jahr**) des Unternehmens bezogen auf Projekte, die mit den vorliegenden strukturell vergleichbar sind, und auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (§ 6a EU Nr. 2 Buchst. c) VOB/A). Der spezifische Umsatz bezieht sich auf die Erweiterung (Neubau) und Sanierung (Bestandsgebäude) von Gebäuden der Ausbildung/Wissenschaft/Forschung i.S.d. Anlage 10.2 der HOAI.

→ **Nachweis:** Formblatt „3002 Eigenerklärung zur Eignung“, Nr. 3

Sofern der Antrag in die engere Wahl kommt, kann die AG verlangen, diese durch eine Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/ Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen zu ersetzen (§ 6b EU Abs. 2 Nr. 3 VOB/A).

cc) Eigenerklärung zu einer Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen für Personenschäden und für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) in Höhe von jeweils **mindestens 10,0 Mio. EUR** (§ 6a EU Nr. 2 Buchst. a) VOB/A).

→ **Nachweis:** Formblatt „3002 Eigenerklärung zur Eignung“, Nr. 4

Sofern der Antrag in die engere Wahl kommt, ist diese durch die Kopie der Versicherungspolice oder eine Zusicherung der Versicherungsgesellschaft, dass für den Fall der Auftragserteilung eine solche abgeschlossen wird, zu ersetzen (§ 6b EU Abs. 2 Nr. 3 VOB/A).

#### c) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

aa) Benennung und Beschreibung der erbrachten vergleichbaren Bauleistungen mit Angabe des Rechnungswertes, der Leistungszeit, der Auftraggeberin, eines Ansprechpartners inkl. Telefonnummer, E-Mail-Adresse und Funktionsbezeichnung (§ 6a EU Nr. 3 Buchst. a) VOB/A).

Die vergleichbaren Bauleistungen müssen **mindestens** die folgenden Leistungen enthalten haben bzw. die folgenden Kriterien erfüllen:

Planung und Errichtung von Sonderbauten (Gebäuden der Ausbildung/Wissenschaft/Forschung i.S.d. Anlage 10.2 der HOAI) als GU, d. h. die komplette Ausführung eines Bauprojektes von Koordination der Gewerke bis zur schlüsselfertigen Übergabe.

[mind. 1 Stück in den letzten 5 Jahren (Referenzprojekt muss innerhalb der letzten 5 Jahre abgeschlossen sein) mit Gesamtbaukosten der KG 200 bis 600 von mind. **16,0** Mio € netto]

Aus der Beschreibung der Referenzen muss zumindest hervorgehen, dass die o.g. Kriterien erfüllt werden.

→ **Nachweis:** Formblatt „3002 Eigenerklärung zur Eignung“, Nr. 5 i.V.m. Formblatt „3002a Eigenerklärung Referenz“

Sofern der Antrag in die engere Wahl kommt, behält sich die AG vor, für die wichtigsten Bauleistungen Nachweise über die ordnungsgemäße Ausführung und das Ergebnis durch Bescheinigungen der referenzgebenden Auftraggeberinnen entsprechend VHB-Formblatt 444 einzufordern (§ 6b EU Abs. 2 Nr. 3 VOB/A).

**bb)** Eigenerklärung über die in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Berufs- bzw. Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal (§ 6a EU Nr. 3 Buchst. g) VOB/A).

→ **Nachweis:** Formblatt „3002 Eigenerklärung zur Eignung“, Nr. 6 i.V.m. mit beizufügender Gliederung nach Lohngruppen

**cc)** Eigenerklärung der Bieterin, dass sie über fachlich qualifizierte Führungskräfte verfügt, welche die Leistungserbringung leiten und steuern inkl. Benennung eines/einer Oberbauleiter/in.

→ **Mindestanforderung:** Der/die Oberbauleiter/in ist berechtigt, die Berufsbezeichnung „Dipl.-Ing.“ oder eine vergleichbare Berufsbezeichnung („Master of Science“ o.Ä.) zu führen (§ 6a EU Nr. 3e VOB/A) und kann mindestens 8 Jahre Berufserfahrung als Oberbauleitung mit vergleichbaren Leistungen nachweisen.

→ **Nachweis:** Formblatt „3002 Eigenerklärung zur Eignung“, Nr. 7

Sofern das Angebot in die engere Wahl kommt, behält sich die AG vor, für das Vorhandensein der genannten Führungskräfte (Oberbauleiter/in) anhand einer Kopie des/der entsprechenden Abschlusszeugnisse/s, eines Lebenslaufs und ggf. Beschreibungen der Projekte, mit denen die entsprechende Führungskraft betraut war, Nachweise zu verlangen (§ 6b EU Abs. 2 Nr. 3 VOB/A).

**dd)** Erklärung der Bieterin zum Nachunternehmereinsatz, d.h. welche Teile des Auftrags unter Umständen als Unteraufträge vergeben werden sollen (§ 6a EU Nr. 3i VOB/A).



→ **Nachweis:** Formblatt „3004 Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen“

Zur Prüfung der Eignung des/der Nachunternehmer(s) ist es erforderlich, dass bereits mit Abgabe des Teilnahmeantrages die Teile des Auftrags/der Leistung benannt werden, die voraussichtlich im Wege der Unterauftragsvergabe vom Bieter/Bewerber an Dritte vergeben werden sollen. Eine Pflicht zur Benennung des/der Unterauftragnehmer und der Nachweis, dass die erforderlichen Mittel dieses/dieser Unterauftragnehmer(s) zur Verfügung stehen, besteht im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs nicht, kann jedoch nach Ermessen des Bieters/Bewerbers erfolgen. Eine namentliche Benennung ist nur dann zwingend erforderlich, wenn das Unterauftragnehmer zugleich zur Eignungsleihe eingesetzt wird.

Die AG behält sich vor, die Benennung des/ der Unterauftragnehmer und eines Nachweises, dass die erforderlichen Mittel dieses/dieser Unterauftragnehmer(s) zur Verfügung stehen, spätestens vor Zuschlagserteilung von den Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, einzufordern.

## 2. Nachweis über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Zur Beurteilung des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen gemäß §§ 6e EU, 16b EU (1) VOB/A sind mit der Angebotsabgabe durch die Bieterin folgende Nachweise beizubringen:

### a) Keine Ausschlussgründe

Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 6e EU Abs. 1 Nr. 1-10, Abs. 2- 3 sowie Abs. 6 Nr. 1-9 VOB/A.

→ **Nachweis:** Formblatt „3002 Eigenerklärung zur Eignung“, Nr. 8, 10 und ggf. Nr. 11

Sofern der Antrag in die engere Wahl kommt, ist die Erklärung auf Anforderung der AG durch eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister zu ersetzen (§ 6b EU Abs. 1 Nr. 3 VOB/A). Der AG kann bei der Registerbehörde abfragen, ob Eintragungen im Wettbewerbsregister in Bezug auf diejenigen Bewerber vorliegen, die der AG zur Abgabe eines Angebots auffordern will (§ 6 Abs. 1, 2 Nr. 2 WRegG).

Im Übrigen bleibt die Anforderung von Nachweise hinsichtlich einer eventuell durchgeführten Selbstreinigung von denjenigen Bewerbern, die der AG zur Abgabe eines Angebotes auffordern will, vorbehalten.

### b) Keine Strafe nach SchwarzArbG, AEntG, MiLoG

Eigenerklärung, dass die Bieterin nicht innerhalb der letzten 2 Jahre gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG), § 21 Abs. 1 des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG) oder § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als neunzig Tagessätzen verurteilt oder mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden ist.

→ **Nachweis:** Formblatt „3002 Eigenerklärung zur Eignung“, Nr. 10 und ggf. Nr. 11

Sofern der Antrag in die engere Wahl kommt, ist die Erklärung auf Anforderung der AG durch eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister zu ersetzen (§ 6b EU Abs. 1 Nr. 3 VOB/A). Der AG kann bei der Registerbehörde abfragen, ob Eintragungen im Wettbewerbsregister in Bezug auf diejenigen Bewerber vorliegen, die der Auftraggeber zur Abgabe eines Angebots auffordern will (§ 6 Abs. 1, 2 Nr. 2 WRegG).

Im Übrigen bleibt die Anforderung von Nachweise hinsichtlich einer eventuell durchgeführten Selbstreinigung von denjenigen Bewerbern, die der AG zur Abgabe eines Angebotes auffordern will, vorbehalten.

### c) Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben etc.

Eigenerklärung, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde (§ 6a Abs. 2 Nr. 8 VOB/A).

→ **Nachweis:** Formblatt „3002 Eigenerklärung zur Eignung“, Nr. 9 und ggf. Nr. 11

Sofern der Antrag in die engere Wahl kommt, ist diese durch eine steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung des zuständigen Finanzamtes, Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG, eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der zuständigen Sozialversicherungsträger und ggf. eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der zuständigen tariflichen Sozialkassen und zu ersetzen (§ 6b EU Abs. 1 Nr. 2 VOB/A).

Im Übrigen bleibt die Anforderung von Nachweise hinsichtlich einer eventuell durchgeführten Selbstreinigung von denjenigen Bewerbern, die der AG zur Abgabe eines Angebotes auffordern will, vorbehalten.

### d) Eigenerklärung „Sanktionspaket“

Eigenerklärung, der Bieterin / Bietergemeinschaft zur Umsetzung von Artikel 5k Abs. 3 der EU-Verordnung 2022/576 vom 08.04.2022

→ **Nachweis:** Formblatt „3007 Formular 523 EU - Eigenerklärung Sanktionspaket 5 EU

## 3. (Auswahl-)Kriterien zur Begrenzung der Anzahl der Bewerber (Teilnahmewettbewerb)

### a) Auswahlkriterien – Bewertung

Maßgebende Auswahlkriterien zur Begrenzung der Anzahl der Bewerber (Mindestzahl: 3; Höchstzahl: 5) gem. § 3b EU Abs. 3, Nr. 3 i.V.m. Abs. 2, Nr. 3 VOB/A sind:

- **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**
  - Kriterium „Jährlicher allgemeiner Gesamtumsatz“ (max. 100 Punkte)
  - Kriterium „Durchschnittlicher Jahresumsatz mit Leistungen im Tätigkeitsbereich des Auftrags“ (max. 100 Punkte)
- **Berufliche und technische Leistungsfähigkeit**
  - Kriterium „Projektvergleichbare Referenzen“

- Anzahl der projektvergleichbaren Referenzen mit den Mindestanforderungen (max. 300 Punkte)

Insgesamt können **max. 500 Punkte** erreicht.

Die Zahl der geeigneten Bewerber, die zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden, wird gem. § 3b EU Abs. 3, Nr. 3 i.V.m. Abs. 2, Nr. 3 VOB/A begrenzt. Die Mindestzahl der einzuladenden Bewerber beträgt 3 und die Höchstzahl 5. Die Begrenzung erfolgt anhand der o.g. Gesamtsumme der Punkte.

## b) Erläuterung der Auswahlkriterien

### aa) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit (§ 6 EU Abs. 2 S. 2 Nr. 2 VOB/A)

#### (1) Kriterium „Jährlicher allgemeiner Gesamtumsatz“ (§ 6a EU Nr. 2 Buchst. c) VOB/A)

Für die Wertung ist der durchschnittliche (Gesamt-)Jahresumsatz (netto) in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren maßgebend.

Die maximale Punktzahl beträgt 5 Punkte. Im Einzelnen werden folgende Punkte vergeben:

|                                              |            |
|----------------------------------------------|------------|
| Umsatz > 15,0 Mio. Euro                      | = 5 Punkte |
| Umsatz > 13,0 Mio. Euro und ≤ 15,0 Mio. Euro | = 4 Punkte |
| Umsatz > 12,0 Mio. Euro und ≤ 13,0 Mio. Euro | = 3 Punkte |
| Umsatz > 11,0 Mio. Euro und ≤ 12,0 Mio. Euro | = 2 Punkte |
| Umsatz ≥ 10,0 Mio. Euro und ≤ 11,0 Mio. Euro | = 1 Punkt  |

Die Wertung dieses Auswahlkriteriums zur Begrenzung der Anzahl der Bewerber erfolgt durch die Multiplikation der erreichten Punktzahl mit dem Wichtungsfaktor (hier: 20,0).

Hinweis: Es erfolgt keine Interpolation bei Zwischenwerten. Bei Bewerbung durch eine Bieter-/Bewerbergemeinschaft sind die Umsatzzahlen zu addieren.

→ Nachweis: Formblatt „3002 Eigenerklärung zur Eignung“, Nr. 2 (es werden die zum Nachweis der Erfüllung der diesbezüglichen Mindestanforderungen abgegebenen Eigenerklärungen und etwaige von der AG angeforderte Nachweise berücksichtigt).

#### (2) Kriterium „Durchschnittlicher Jahresumsatz mit Leistungen im Tätigkeitsbereich des Auftrags“ (§ 6a EU Nr. 2 Buchst. c) VOB/A)

Für die Wertung ist der durchschnittliche Jahresumsatz (netto) im auftragsgegenständlichen Bereich in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren maßgebend.

Die maximale Punktzahl beträgt 5 Punkte. Im Einzelnen werden folgende Punkte vergeben:

|                                          |            |
|------------------------------------------|------------|
| Umsatz > 12 Mio. Euro                    | = 5 Punkte |
| Umsatz > 10 Mio. Euro und ≤ 12 Mio. Euro | = 4 Punkte |
| Umsatz > 9 Mio. Euro und ≤ 10 Mio. Euro  | = 3 Punkte |

|                                        |            |
|----------------------------------------|------------|
| Umsatz > 8 Mio. Euro und ≤ 9 Mio. Euro | = 2 Punkte |
| Umsatz ≥ 7 Mio. Euro und ≤ 8 Mio. Euro | = 1 Punkt  |

Die Wertung dieses Auswahlkriteriums zur Begrenzung der Anzahl der Bewerber erfolgt durch die Multiplikation der erreichten Punktzahl mit dem Wichtungsfaktor (hier: 20,0).

Hinweis: Es erfolgt keine Interpolation bei Zwischenwerten. Bei Bewerbung durch eine Bieter-/Bewerbergemeinschaft sind die Umsatzzahlen zu addieren.

→ Nachweis: Formblatt „3002 Eigenerklärung zur Eignung“, Nr. 3 (es werden die zum Nachweis der Erfüllung der diesbezüglichen Mindestanforderungen abgegebenen Eigenerklärungen und etwaige von der AG angeforderte Nachweise berücksichtigt).

## bb) Berufliche und technische Leistungsfähigkeit (§ 6 EU Abs. 2 S. 2 Nr. 3 VOB/A)

### (1) Kriterium „Projektvergleichbare Referenzen“

Eine „projektvergleichbare Referenz“ bedeutet, dass mit ihr die oben genannten Mindestanforderungen kumulativ erfüllt sein müssen, um wertbar zu sein [siehe Mindestkriterium IV. 1. c) aa)].

Das untenstehende *Merkmal* M1 kann nachgewiesen werden und geht in die Bewertung mit ein. Das Merkmal M1 kann in einer oder mehreren Referenzen nachgewiesen werden.

**Um einen ausreichenden Wettbewerb sicherzustellen, werden im Rahmen dieses Bewertungskriteriums [nicht im Rahmen des Mindestkriteriums im Sinne von Ziff. IV. 1. c) aa)] auch Referenzen aus den letzten 10 Jahren berücksichtigt [§ 6a EU Nr. 3 Buchst. a) S. 2 VOB/A], d.h. das Projekt muss innerhalb der letzten 10 Jahre abgeschlossen sein. Eine Pflicht zur Vorlage von Referenzen, die länger als fünf Jahre zurückliegen, wird hiermit jedoch nicht begründet.**

Die Wertung dieser Auswahlkriterien zur Begrenzung der Anzahl der Bewerber erfolgt jeweils durch die Multiplikation der erreichten Punktzahl mit dem Wichtungsfaktor (hier: 60,0).

| M1                                                                                                                     |                       |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------|
| Anzahl der projektvergleichbaren Referenzen mit den Mindestanforderungen [siehe Mindestkriterium Ziff. IV. 1. c) aa)]. |                       |
| mehr als vier Referenzen                                                                                               | = 5 Punkte            |
| vier Referenzen                                                                                                        | = 4 Punkte            |
| drei Referenzen                                                                                                        | = 3 Punkte            |
| zwei Referenzen                                                                                                        | = 2 Punkte            |
| eine Referenz (Mindestanforderung)                                                                                     | = 1 Punkt             |
| keine Referenz                                                                                                         | = 0 Punkte/Ausschluss |

→ Nachweis M1: Formblatt „3002 Eigenerklärung zur Eignung“, Nr. 5 i.V.m. Formblatt „3002a Eigenerklärung Referenz“ [es werden die zum Nachweis der

Erfüllung der diesbezüglichen Mindestanforderungen abgegebenen Eigenerklärungen (*Hinweis: für zusätzlichen Referenzen sind ist das Formblatt „3003 Referenzbescheinigung“ ggf. zu duplizieren*) und etwaige von der AG angeforderte Nachweise berücksichtigt.

#### 4. Kapazitäten anderer Unternehmen/Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften

##### a) Bildung einer Bewerber-/Bietergemeinschaft

Die Bewerber-/Bietergemeinschaft hat mit ihrem Antrag eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt und
- dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

→ **Nachweis:** Formblatt „3003\_Erklärung Bewerber-/Bietergemeinschaft“

##### b) Kapazitäten anderer Unternehmen

Sofern Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch genommen werden sollen, d.h. die Bewerberin sich bei der Erfüllung eines Auftrages im Hinblick auf die erforderliche Fachkunde und Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen bedienen möchte (Eignungsleihe), ist die Benennung der hierfür vorgesehenen Leistungen und Unternehmen notwendig und der Nachweis, dass die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen werden durch Vorlage entsprechender Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen (§ 6d EU Abs. 1 Satz 1, 2 VOB/A) zu führen.

→ **Nachweis:** Formblatt „3005\_Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen“; Formblatt „3006\_Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen“

Die Inanspruchnahme der Kapazitäten anderer Unternehmen für die berufliche Befähigung (§ 6a EU Abs. 1 Nr. 3e) oder die berufliche Erfahrung (§ 6a EU Abs. 1 Nr. 3a und b) ist nur möglich, wenn diese Unternehmen die Arbeiten ausführen, für die diese Kapazitäten benötigt werden (§ 6d EU Abs. 1 Satz 3 VOB/A).

Werden die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch genommen, so muss die Nachweisführung entsprechend § 6b EU VOB/A auch für diese Unternehmen erfolgen (§ 6d EU Abs. 3 VOB/A). Diese Unternehmen müssen ebenso die entsprechenden Anforderungen an die Eignung gemäß § 6a EU VOB/A erfüllen und es dürfen keine Ausschlussgründe gemäß § 6e EU VOB/A vorliegen (§ 6d EU Abs. 1 S. 4 VOB/A). Die Bewerberin hat ein Unternehmen, das eine einschlägige Eignungsanforderung nicht erfüllt oder bei dem Ausschlussgründe gemäß § 6e EU Abs. 1 bis 6 VOB/A vorliegen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen (§ 6d EU Abs. 1 Satz 5, 6 VOB/A).

Sofern im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch genommen werden, haften die

Bewerberin und diese Unternehmen gemeinsam für die Auftragsausführung (§ 6d EU Abs. 2 VOB/A).

Sofern die Inanspruchnahme der Kapazitäten anderer Unternehmen im Rahmen einer Bewerber-/Bietergemeinschaft erfolgt, gelten im Übrigen die Ausführungen unter Gliederungspunkt 3. a).

## 5. Präqualifizierte und nicht präqualifizierte Unternehmen

**Präqualifizierte Unternehmen** führen den Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung gemäß § 6b EU Abs. 1 S. 1 Nr. 1 VOB/A durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis), ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise, Eigenerklärungen oder Bescheinigungen der jeweils zuständigen unabhängigen Stellen, die von der Präqualifizierung nicht umfasst sind. Präqualifizierte Unternehmen können den Nachweis ihrer Eignung auch durch die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (**EEE**), ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise, Eigenerklärungen oder Bescheinigungen der jeweils zuständigen unabhängigen Stellen, erbringen. Bei Einsatz von anderen Unternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise, Eigenerklärungen oder Bescheinigungen der jeweils zuständigen unabhängigen Stellen.

**Nicht präqualifizierte Unternehmen** haben als vorläufigen Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebot

- entweder anhand der den Vergabeunterlagen beiliegenden Vordrucke jeweils **Eigenerklärungen** für die einzelnen Eignungskriterien (§ 6b EU Abs. 1 S. 1 Nr. 1 VOB/A),
- oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (**EEE**) (§ 6b EU Abs. 1 S. 1 Nr. 1 VOB/A),

ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise, Eigenerklärungen oder Bescheinigungen der jeweils zuständigen unabhängigen Stellen vorzulegen. Die Bewerberin darf sich in Teil IV der EEE nicht darauf beschränken nur Abschnitt α auszufüllen.

Bei Einsatz von anderen Unternehmen sind die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Sind die anderen Unternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Gelangt der Antrag in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der benannten anderen Unternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der Bescheinigungen der jeweils zuständigen unabhängigen Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.



Erklärungen bzw. Nachweise, deren Vorlage sich die AG vorbehalten hat und die von der AG nach dem Einreichungstermin angefordert werden, sind von der Bewerberin innerhalb der von der AG bestimmten angemessenen, nach dem Kalender bestimmten Frist einzureichen. Anderenfalls ist das Angebot der Bieterin auszuschließen (§ 16 EU Abs. 1 Nr. 4 VOB/A).

## **6. Vollständigkeit der Nachweise und des Angebots**

Für das Angebot und die Vollständigkeit, insbesondere der einzelnen Nachweise der Eignung, sind allein die Bieterinnen verantwortlich. Sofern solche vorliegen, sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke und Formblätter zu verwenden und ggf. durch erforderliche Anlagen zu ergänzen. Sofern für einzelne Eignungskriterien oder sonstige Nachweise keine Vordrucke oder Formblätter vorliegen, sind diese je nach Anforderung entweder durch selbst gefertigte Eigenerklärungen der Bewerberinnen oder Bescheinigungen der jeweils zuständigen unabhängigen Stellen zu erbringen.

## **V. Nicht berücksichtigte Teilnahmeanträge**

Für nicht berücksichtigte Anträge gilt die Regelung des § 19 EU VOB/A. Bewerber, deren Antrag abgelehnt wurde oder nicht in die engere Wahl kommt, werden unverzüglich in Textform hierüber informiert.

## **VI. Zuschlagskriterien**

Die Zuschlagskriterien sind in den Vergabebedingungen der Angebotsphase (Anlagen-Nr. 5002) aufgeführt.

## **VII. Unklarheiten, Rechtsverstöße und Fragen**

Enthalten die Vergabeunterlagen oder die den Bewerbern mitgeteilten, übergebenen und zugänglich gemachten Unterlagen oder sonstigen Informationen Unklarheiten oder verstoßen diese nach Auffassung des Bewerbers gegen geltendes Recht, so muss der Bewerber diese gem. § 160 Abs. 3 GWB beanstanden.

Alle Bewerber werden darauf hingewiesen, dass die AG während des Vergabeverfahrens ausschließlich über das Vergabeportal „Metropole Ruhr“ ([www.vergabe.metropoleruhr.de](http://www.vergabe.metropoleruhr.de)) mit den Bewerbern kommuniziert. Ein Bewerber kann durch die Registrierung auf dem Vergabeportal „Metropole Ruhr“ ([www.vergabe.metropoleruhr.de](http://www.vergabe.metropoleruhr.de)) und der Hinterlegung einer stets aktuellen E-Mail-Adresse sicherstellen, dass er über neu eingehende Informationen der AG zeitnah informiert wird.

Die Antworten auf Fragen der Bewerber werden allen Bewerbern grundsätzlich zeitgleich über das Vergabeportal „Metropole Ruhr“ ([www.vergabe.metropoleruhr.de](http://www.vergabe.metropoleruhr.de)) übermittelt.

Mitteilungen der AG an die Bewerber gelten nach den Bestimmungen des Vergabeportals als zugegangen, wenn diese in den Projektraum eingestellt werden. Nicht-registrierte Bewerber sind daher in ihrem eigenen Interesse gehalten, sich regelmäßig im Projektraum über Mitteilungen der AG zu informieren.

Auch bei telefonischen Anfragen oder E-Mails an die AG wird ausschließlich auf dieses v.g. Verfahren verwiesen. Hierdurch soll eine sichere und transparente Kommunikation mit allen Bewerbern im Vergabeverfahren gewährleistet werden. Eine telefonische Beantwortung von Fragen erfolgt nicht.